

Gärende Diskussion um den Kompost

In Worb gärt die Diskussion um die Kompost-Gebühr zwischen Zustimmung und Ablehnung. Der Grosse Gemeinderat spricht sich klar für die Gebühr aus, gegen die neue Abgabe wehren sich aber nicht nur die Gartenbesitzer.

Fast einstimmig empfiehlt der Worber Grosse Gemeinderat den Stimmberechtigten, am 26. November ja zu sagen zur Gebühr für kompostierbaren Abfall und damit das Verursacherprinzip konsequent auch beim Kompost durchzusetzen (die BZ berichtete). Die Diskussion um den Kompost indes garte in der Gemeinde inzwischen zu einer handfesten Kontroverse: Gegen die Gebühr wehren sich neben anderen auch Gartenbesitzer: «Ich bin prinzipiell für die Kompostierung, aber gegen die von der Gemeinde vorgeschlagene Lösung», sagt etwa Heinz Burri im Gespräch mit der BZ. Er hatte mit seinen Argumenten an einer Informations-Veranstaltung zahlreiche Fragen im rund 60köpfigen Publikum ausgelöst. Fragen, die «nicht nur von SVP-Leuten kamen», so SVP-Mitglied Burri. Fragen auch, die sich der Grosse Gemeinderat nicht gestellt habe.

«Bestrafung»

Burri stört sich daran, dass die Gemeinde «nicht auf bewährte Lösungen zurückgreift». Der vorgeschlagene Weg – Senkung der Abfallgrundgebühr um 10 Prozent, Einführung der Gebührenpflicht für kompostierbaren Abfall – schiesse am Ziel einer vernünftigen Lösung vorbei. «Mit der Gebührenpflicht werden doch die Bauern und die Gartenbesitzer dafür bestraft, dass sie mit ihren Wildsträuchern und Hecken einen Beitrag für eine intakte Umwelt leisten.» Jürg Bichsel von den Freien Wählern stellte sich an dem Informationsabend aus finanziellen Gründen gegen die neue Gebühr: Sie sei indirekt eine Gebührenerhöhung und führe zu einem Ertragsüberschuss in der Ab-

fallrechnung von mehreren zehntausend Franken. Allerdings käme das der Abfallkasse zugute, die seit Jahren in den roten Zahlen steckt. Allein Ende 1994 lag der Fehlbetrag des Abfallwesens bei rund 400 000 Franken.

«Belohnung»

Die Befürworter der Kompostgebühr sind nicht nur überzeugt, dass die Kompostgebühr zu weniger abgeführtem Abfall führe, indem sie Anreiz zum Selberkompostieren schaffe, sondern auch, dass insbesondere die Bauern mit der neuen Gebühr «belohnt werden, indem die Abfall-Grundgebühr ja um 10 Prozent gesenkt werde», wie Hans-Ulrich Steiner von der Freien Liste argumentierte. Ausserdem, so Steiner am Informationsabend, zeige das Beispiel Muri, dass die Gebühr eine sinnvolle Sache sei: «50 Prozent weniger Grünabfälle werden dort gesammelt seit der Einführung», sagte er.

Die Einfamilienhäuser

Bei Einfamilienhäusern könne theoretisch unproblematisch kompostiert werden, meinte Heinz Burri – was die Kompost-Gebühr letztendlich bezweckt: selber mehr kompostieren für den Eigengebrauch und damit weniger Grünabfall abführen. Allerdings: «Kompostieren ist gar nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint», sagt Burri, der ebenfalls einen Garten bewirtschaftet. Und Inge Stahel, die seit zehn Jahren selber kompostiert, ist überzeugt, «dass man als einzelner gar nicht richtig kompostieren kann, da sich schlicht zuwenig geeignetes Material ansammelt». Also bleibe nichts anderes übrig, als vor allem die Blätter in die Abfuhr zu geben.

Die Mehrfamilienhäuser

In Mehrfamilienhäusern stellt sich das Problem der Menge nicht. Werner Lüthi (SP) hatte denn auch im Grossen Gemeinderat gesagt, dass «es sich beim kompostierbaren Abfall um 80 bis 90 Prozent Grünabfälle handelt», diese sollten bei



In zehn Tagen entscheiden die Worber Stimmberechtigten, ob sie ihren kompostierbaren Abfall ab kommendem Jahr gebührenpflichtig abführen lassen oder nicht.
(Bild: Peter Zaugg)

Wohnblocks problemlos kompostierbar sein, so Lüthi weiter. Andererseits ist Heinz Burri überzeugt, dass gerade die Mehrfamilienhäuser benachteiligt seien, da nicht alle gleich viel kompostieren, aber den-

noch alle bezahlen müssten. Im übrigen habe der abgebrochene Versuch von Ostermundigen gezeigt, dass «zwischen Theorie und Praxis immer noch ein grosser Unterschied» bestehe.

WORB / Die Einführung der Grüngutmarke lässt vor der Abstimmung manche rot sehen

Auf dem Worber Kompost gewachsen . . .

Was das Parlament mit grosser Mehrheit angenommen hat, wird kurz vor der Abstimmung torpediert: Ein Aktionskomitee tritt per Flugblatt gegen die Grünmarke an.

kan. Auf sauberem Umweltschutzpapier listen die Kritiker des neuen Worber Abfallreglements auf, was ihnen im Zusammenhang mit der Einführung der Grünmarke nicht in den Kram passt. Und sie sind davon überzeugt, dass die Mehrheit der Worberinnen und Worber ihren Argumenten am 26. November folgen wird: «Das Reglement hat so gut wie keine Chance», meint etwa SVP-Mann Heinz Burri, der unter anderen zusammen mit den beiden GGR-Mitgliedern Jürg Bichsel und Kurt Baum von den Freien Worber Wählern die Trommel gegen die grüne Marke rührt.

Mit der Gebührenpflicht für kompostierbaren Abfall würden nämlich ökolo-

gische Leistungen über Gebühr bestraft, wo doch das liebevolle Zurückschneiden von Sträuchern eine aufwendige Freizeitbeschäftigung sei und deshalb wohl zu honorieren wäre, sagen sie. Die Befürworter der Grünmarke – im Parlament stimmten 28 dafür – wollen allerdings Gartenfreunden die Kompostfreude nicht vergällen, sondern bloss gerecht sein: Die Entsorgung des brennbaren Abfalls werde bereits über Marken oder Pauschalgebühren gedeckt, die Abfuhr kompostierbarer Abfälle hingegen werde vorab der Grundgebühr aufgebürdet. Diese Grundgebühr soll um 10 Prozent gesenkt werden, wenn die neue Regelung von den Stimmberechtigten gutgeheissen wird.

Wird nicht mehr getrennt?

Das Verursacherprinzip – von der Gegnerschaft schnöde als Modewort tituliert – finde da zuwenig Anwendung. Am Verursacherprinzip zweifelt aber

das Anti-Komitee, weil «die Trennung von brennbarem und kompostierbarem Abfall verwässert» werde. Die Leute würden ihr Gemüse bestimmt klammheimlich wieder unter den brennbaren Abfall mischen. Nur noch 25 Prozent billiger ist nämlich die Abfuhr kompostierbarer Abfälle im Vergleich mit brennbarem Kehrriech, und genau dies soll Anreiz genug sein, Komposthaufen vor der eigenen Tür zu türmen.

Werden Mieter benachteiligt?

Das sei eine «Illusion», sagen die Gegner der neuen Gebühr und betonen, Mieter in Mehrfamilienhäusern würden benachteiligt, weil sie über die Nebenkosten eine Pauschale bezahlen müssten, egal wieviel Salat sie auf den Haufen werfen. Während die Anhänger der Grünmarke an den Willen zur Selbstkompostierung glauben, sieht das gegnerische Komitee bereits wüste, wilde Mülldeponien im Wald und in abgeleg-

nen Gebieten wachsen. Was gut wachsen soll, will Weile haben. Das gilt auch für die Grünmarke und den Kompost.

Von den Parteien haben sich die Freien Wähler und die Freipartei gegen die Reglementsänderung ausgesprochen, die Freie Liste ist dafür, die EVP hat Stimmfreigabe beschlossen. Die FDP äussert sich in der neuesten Ausgabe der «Worber Post» zu diesem Thema nicht, und der SVP bereitet das Geschäft gemäss Lokalblatt offensichtlich Kopfzerbrechen. Der Chronist der Partei bekennt sich zum Verursacherprinzip, hat sich aber nicht zu einer klaren Meinungsäusserung durchringen können.

Anfang 1995 hat Worbs Nachbargemeinde Muri eine Grünegebühr eingeführt, sie beträgt die Hälfte der Abgaben für brennbaren Kehrriech. Die Auswirkungen auf die Quantität waren frappant: Innert sechs Monaten sind die kompostierbaren Abfälle um rund die Hälfte zurückgegangen.

WORB / Keine Kleber für kompostierbare Abfälle

K O M M E N T A R

Bei Grünmarken sehen sie rot

Die Gegnerschaft hat sich mit Erfolg gegen die Trennung von Kompost und brennbarem Abfall stark gemacht: Die Mehrheit der Worber Stimmenden will keine grünen Klebmarken und lehnt das entsprechende Reglement ab.

kan. Niklaus Mayer, Chef der Freisinnigen in Worb, versteht das Verdikt nicht: «Es fällt mir schwer, die Gründe der Gegner nachzuvollziehen», kommentiert er die deutliche Abfuhr an den Kompost. Im Stimmenverhältnis 21/7 Nein gegen 6/40 Ja (bei einer Stimmbeteiligung von 36,5 Prozent) dürfte sich laut Mayer aber vielleicht ein gewisser Überdross gegen weitere Reglementierungen äussern. «Die Leute wollen einfach keine weiteren Details beim Abfall regeln», vermutet er. Dass sich auch der ehemalige Gemeinderat und Vorgänger von Manfred Lehmann, Heinz Burri, dermassen stark gegen die Grünmarke ins Zeug gelegt hatte, entlockt Niklaus Mayer bloss ein Kopschütteln: «Seine Argumentation verstehe ich nun wirklich nicht.»

Burri hatte die Vorlage öffentlich unter anderem mit dem Argument ange-

fochten, dass die zahlreichen Mieter der Mehrfamilienhäuser klar benachteiligt würden. Denn diese müssten über Nebenabrechnungen gleichviel bezahlen, ob sie nun viel oder wenig Grünabfall haben. Dem hält etwa SP-Mann Josef Stalder entgegen, dass Leute, die bereits heute kompostieren, über Gebühr bestraft würden. Stalder ist enttäuscht und betont, dass es ökologische Anliegen in Worb generell schwer hätten.

In die Gefolgschaft des Grünmarken-Gegners Heinz Burri hatten sich vorab auch Freie Wähler gereiht: Zum Beispiel Parlamentarier Jürg Bichsel, der sich nicht «grundsätzlich» gegen die Trennung von Kompost und Brennbarem wehrt, wirft dem Gemeinderat vor, eine schlechte und ungerechte Vorlage vors Volk gebracht zu haben. «Es ist nicht richtig, dass zum Beispiel das kleinste Gebinde 65 Liter ausgemacht hätte. Dadurch wären mittlere Familien in Wohnungen klar benachteiligt worden», ist Bichsel überzeugt. Josef Stalder hält dem entgegen, dass die geltende Regelung unfair sei und dass vorab Eigenheimbesitzer, die nicht selber kompostieren wollten, viel Abfall produzierten. «Die Entsorgungskosten müssen aber dann alle anderen mittragen.»

Zersetzung

KATRIN NEUENSCHWANDER

Eines haben die Worberinnen und Worber mit ihrer Absage an die Grünmarke klar bewiesen: Statt einen kleinen, aber feinen Beitrag an die Ökologie zu leisten, besinnen sie sich lieber auf den eigenen Geldbeutel. Von eigenen Komposthaufen haben sie nämlich längst die Nase voll, bevor sie sich überhaupt eine Stechschaufel zugelegt haben. Aber das Kompostieren haben ihnen die Grünmarke-Nörgeler ja auch gehörig vermiest: Schwierig sei das, ja zuweilen fast eine Wissenschaft, liess etwa der Ex-Gemeinderat und frühere «Kehrichtchef» Heinz Burri das Volk wissen. Wilde Depo-nien liess er zusammen mit seinen Mistreitern in den Köpfen der Stimmenden wachsen, und den Mietern in Mehrfamilienhäusern wurden Rechnungen für Kompost, den sie gar nicht verursachten, fiktiv in Rechnung gestellt. Wie wundersam: Anderswo sind Zersetzungsprozesse und Grünmarken längst die natürlichste Sache der Welt. Bloss Worb macht daraus eine Hexerei – und versetzt der Natur einen derben Seitenhieb. Doch die Abfallberge werden sich vielleicht rächen . . .

WORB / Kehrrechtswesen

Blick in den Abfalleimer

kan. Keine «Luxus-Abfuhr» aber doch ein kostendeckendes Unternehmen wollen Gemeinderat und Verwaltung aus dem Kehrrechtswesen machen. Aufgrund einer «Infraconsult»-Studie hatte sich die Gemeinde denn auch bereits vor Jahren aufgemacht, die Schwachstellen beim Abfall zu suchen. Und nicht nur das. Mit gezielten Massnahmen haben die Abfallchefs erreicht, dass die Defizite abgebaut werden konnten und ab 1997 erstmals schwarze Zahlen geschrieben werden. «Dann können wir wieder über eine Senkung der Grundgebühr diskutieren, vorher nicht», sagte der verantwortliche Gemeinderat Manfred Lehmann vor der Presse.

Trotz den erfreulichen Aussichten im Abfallwesen musste die Behörde erst kürzlich eine Niederlage einstecken: Die Einführung der Grünmarke zur Reduktion des kompostierbaren Abfalls wurde torpediert. «Leider», wie Bauverwalter Paul Fehlmann meint, denn für die Abfuhr des kompostierbaren Grünzeugs wende die Gemeinde heute rund einen Drittel der Gesamtkosten auf. Kein Gehör beim Gemeinderat finden Vorschläge, die als Mittel der Kostensenkung einen Leistungsabbau propagieren. Dies geschehe in «Unkenntnis relevanter Gegebenheiten und zwingender Randbedingungen», entgegnet der Gemeinderat. Sinnvolle Spar- und Rationalisierungsmassnahmen, so Fehlmann, würden aber laufend überprüft, dabei stünden vorab die Papierabfuhr, aber auch der kompostierbare Abfall im Vordergrund. Dass sich auch künftig Kritiker des Worber Abfallwesens zu Wort melden, weiss die Behörde, doch die Abfallentsorgung dürfe sich «durchaus sehen lassen» oder, anders ausgedrückt: Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.